

Parteiorganisationen berieten zu den „Tagen der Wissenschaft“ 1986

Neu herangereifte Fragen der Verflechtung von Wissenschaft und Produktion gemeinsam lösen

Forderung nach einer Einbeziehung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in die Verträge verlangt komplexe Aufgabenstellungen mit interdisziplinärem Charakter

Vertreter der Parteiorganisationen der Karl-Marx-Universität und der mit ihr kooperierenden Kombinate und Betriebe trafen sich während der traditionellen „Tage der Wissenschaft“ am 4. November zu einer Beratung. Sie stand unter der Leitung von Prof. Dr. sc. Michael Dürerwald, Sekretär für Wissenschaft und Kultur der SED-Kreisleitung KMU, der auch die Diskussionsgrundlage gab.

Vorrangiges Ziel der Zusammenkunft, so Prof. Dürerwald, ist die Verständigung darüber, wie die organische Verflechtung von Wissenschaft und Produktion auf der Grundlage bestehender Verträge aus der Sicht der Parteiorganisationen weiter vorangebracht wird. Vier Schwerpunkte, die sich aus dieser Anforderung ergeben, waren Gegenstand des gemeinsamen Austauschs: Die Einschätzung und Qualifizierung der Grundlagenforschung im Verhältnis zur angewandten Forschung, Aspekte des Einsatzes der Kader entsprechend ihrer Ausbildung neue Formen der Kooperation sowie die Einbindung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in die bereits bestehenden Koordinierungsverträge. Das Ziel ist eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Gesellschaftswissenschaften und gesellschaftlicher Praxis in der Grundlagen- und angewandten Forschung, um Forschungsthemen beider Bereiche interdisziplinär zusammenzuführen. Es geht des Weiteren um die Festlegung von strategischen Forschungslinien und um neue Formen der Zusammenarbeit der Parteiorganisationen.

Prof. Dürerwald verwies darauf,

dass Kombinate und Universität einen wechselseitigen Beitrag bei der Erziehung und Ausbildung der Studenten entsprechend des Absolvententitels, das vom XI. Parteitag vorgesehnet wurde, zu leisten haben.

In der konstruktiven Diskussion wurden vielfältige Vorschläge unterbreitet, wie die angesprochenen Probleme gemeinsam gelöst werden können und damit die Parteiorganisationen ihrer hohen Verantwortung bei der weiteren Verflechtung von Wissenschaft und Produktion zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes gerecht werden können.

Auf hinwirkt Formen der Zusammenarbeit, die sich aus dieser Anforderung ergeben, waren Gegenstand des gemeinsamen Austauschs: Die Einschätzung und Qualifizierung der Grundlagenforschung im Verhältnis zur angewandten Forschung, Aspekte des Einsatzes der Kader entsprechend ihrer Ausbildung neue Formen der Kooperation sowie die Einbindung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in die bereits bestehenden Koordinierungsverträge. Das Ziel ist eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Gesellschaftswissenschaften und gesellschaftlicher Praxis in der Grundlagen- und angewandten Forschung, um Forschungsthemen beider Bereiche interdisziplinär zusammenzuführen. Es geht des Weiteren um die Festlegung von strategischen Forschungslinien und um neue Formen der Zusammenarbeit der Parteiorganisationen.

Prof. Dürerwald verwies darauf,



Während der traditionellen Beratung von führenden Parteifunktionären der Karl-Marx-Universität und Partnerinrichtungen.

Foto: MÜLLER



ten Vertiefungsrichtungen zu verständigen.

Die Praxiskooperation müsse rückwirken auf einen weiteren Qualitätszuwachs in der Erziehung und Ausbildung der Studenten, sagte Werner Lange, im VEB Chemieanlagenbaukombinat Leipzig-Grimma, Parteisekretär beim ZK der SED.

Die hohe Verantwortung der Industrie für den Einsatz der Kader an den Brennpunkten, dort wo neue

herangereifte Prozesse angesiedelt sind, zum Beispiel Schlüsseltechnologien, gilt nicht nur für den naturwissenschaftlichen, sondern auch für den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Hier gibt es vielfältige Ansatzpunkte, insbesondere bei neuen Kommunikationsbeziehungen im Produktionsprozess, neu entstehenden Freizeitbedürfnissen oder neuen Aspekten der Wettbewerbsführung durch die Gewerkschaft.

Hieran knüpfte Dr. Roland Wagner, Direktor für Forschung der KMU, an. Es gehe einen Durchbruch zu erreichen bei der Erarbeitung von Aufgabenstellungen mit interdisziplinärem Charakter, bei deren Lösung auch durch gesellschaftswissenschaftliche Forschung in ihrer Komplexität Leistungszuwachs für die Gesellschaft herankommt. Dazu bieten zum Beispiel die neuen CAD/CAM-Arbeitsstationen vieler Möglichkeiten.

Zum Abschluss der Beratung des Parteikomitees Wissenschaft und Produktion formulierte Prof. Dr. Dürerwald die sich aus der Diskussion ergebenden neuen Aufgabenstellungen, die zu konkreten Festlegungen über das bisher Erreichte und die Einbindung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in die Koordinierungsvereinbarungen führen sollen. Darüber erfolgt am 3. Februar 1987 eine nächste Verständigung.

JÜRGEN SIEWERT

Erfolgreiche Verwirklichung der Hauptaufgabe ist untrennbar mit dem weiteren Schutz der natürlichen Umwelt verbunden

Zum Platz ökologischer Fragen in der Politischen Ökonomie des Sozialismus, Teil 2 und Schluss

Drittens: Die den Orientierungen des XI. Parteitags gemäß Naturnutzung erfordert ein adäquates Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. Beides ist durch alle Bestandteile des Marxismus-Leninismus gezielt zu entwickeln. Im Rahmen ihres Geistesinhalts und ihrer Funktion hat die Politische Ökonomie in der Aus- und Weiterbildung dazu ihren spezifischen Beitrag zu leisten. Dabei gelten folgende Prinzipien:

1) Sozialistisches Umweltbewusstsein und -verhalten ist auf die Verwirklichung optimaler naturräumlicher Formen der Naturnutzung zu richten.

2) Seine Entwicklung ist Bestandteil sozialistischer Politik, insbesondere der Umweltpolitik sowie der in der ökonomischen Strategie enthaltenen Elastizität von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf einen solchen Typ der Umweltproduktion gerichtet ist, der dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft entspricht und die kommunistische Perspektive beinhaltet. Dieser Prozess ist nicht nur auf die Information über Inhalt und Dimensionen der Umweltproblematik im allgemeinen zu beschränken, sondern umfasst auch die Ausprägung konstruktiv-kritischer und schärfsterer Denk- und Verhaltensweisen.

3) Die Entwicklung von sozialistischem Umweltbewusstsein und Umweltverhalten beinhaltet nicht zuletzt die Erziehung zur optimistischen Lebenshaltung im Einklang mit der Natur und die Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit der pessimistischen bürgerlichen Umweltideologie.

Die Kader sind also in der Aus- und Weiterbildung mit jenem Wissen über ökonomische und ökologische Fragen auszustatten, das sie als

ökonomischen Grundgesetzes- und der Politik der Hauptaufgabe enthalten sind;

– die Kriterien politischer Entscheidungen zu ökologischen Fragen und ihre ökonomische Relevanz.

Viertens:

Die Vermittlung von Aspekten, Seiten und Zusammenhängen öko-

logischer Fragestellungen ist grundsätzlich bei dem gegebenen Theoriegefüge der Politischen Ökonomie möglich. Aus dieser Sicht sollte das wissenschaftlich begründete System der Politischen Ökonomie als unverzichtbarer Bestandteil des Marxismus-Leninismus nicht aufgeweichen werden.

Der komplexe Charakter der ökologischen Probleme erfordert ihre aufgewogene Einordnung im Lehrprozess. Das schließt notwendige thematische und kategoriale Zuordnungen bzw. Aktualisierungen ein. Im Rahmen dieser Darle-

gungen kann auf die Vielfalt der damit verbundenen Aspekte nicht im einzelnen eingegangen werden. Verwiesen sei aber beispielhaft auf einige themenübergreifende Gesichtspunkte:

● Im Zusammenhang mit der Darstellung der Elemente der Produktivkräfte ist die effektivitätswirksame Rolle natürlicher Dienstleis-

tungen von Naturressourcen beim Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion nahezubringen. Das Kernproblem der ökonomischen Bewertung ist die Ermittlung des Reproduktionsaufwandes von Naturressourcen als Grundlage für eine Preisermittlung, die ihre Nutzer zur sparsamsten Inanspruchnahme stimuliert und andererseits als volkswirtschaftliche Orientierungsgröße für Plan- und Projektentscheidungen dient.

Die Bewertung von Naturressourcen und die Sicherung des reproduktiven Verhältnisses der Gesellschaft zur Natur muß deshalb in der Einheit erfolgen:

– administrative Maßnahmen der Wirtschaftsleitung

– Anwendung ökonomischer Hebel

– Nutzung moralischer Triebkräfte.

● Bestimmte Dienstleistungen der Natur, Naturstoffe und -kräfte, die territorial differenziert sind und nicht allen Nutzern gleichermaßen zur Verfügung stehen, sind mit der Entstehung von Differential- bzw. „Naturressourcenrenten“ verbunden.

Der XI. Parteitag forderte in diesem Zusammenhang die Vertiefung und eines schnelleren theoretischen Vorlaufs der Differentialrententheorie (Vgl. Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag Berlin, 1986, S. 41) da sie – in objektivierbaren Größen ausgedrückt – als Orientierung für eine gesellschaftlich zweckmäßige Inanspruchnahme und Behandlung von Naturressour-

cen dienen kann, wenn sie mit Rentenabgaben verbunden sind.

Bei der Bewertung von Naturressourcen gilt die Reproduktionsaufwandsbewertung als allgemeines Prinzip, das auch ohne die Differentialrente anwendbar ist, die Rentenbewertung (Rente als Aufwandsersparnis) ist davon zu unterscheiden. Die stimulierende Nutzung der Differentialrente muß so erfolgen, daß sie zur besseren Bodennutzung, zur optimalen territorialen Gestaltung der Produktion und zur Intensivierung beiträgt.

● Von aktueller Bedeutung ist insbesondere die Einordnung von Naturressourcen-Rohmaterial-Produkt-Absatz-Sekundärrohstoff in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess in der Einheit von Gebrauchs- und wertmäßigen Aspekten.

Die Einbeziehung ökologischer Probleme in die Politische Ökonomie des Sozialismus muß also zur Lösung der vom XI. Parteitag gestellten Aufgaben beitragen, nach denen die weiteren Forschungen zu den Bedingungen der ökonomischen Strategie zu vertiefen sind, um dies für die weitere Gestaltung von Leitung und Planung der Volkswirtschaft nutzbar zu machen (Vgl. ebenda, S. 30). Speziell auch in diesem Zusammenhang gilt es, die entsprechenden Wachstumsfaktoren wissenschaftlich zu erschließen und in der Lehre darzustellen: die ökonomische Wachstum mit den natürlichen Lebensgrundlagen, der Gesellschaft in Übereinstimmung bringen (Vgl. W. Heinrichs: Ökonomisches Wachstum und umfassende Intensivierung, Wirtschaftswissenschaften 11/1985, S. 181).

Teil I des Beitrags erschien in UZ 38 vom 24. 10.

Prof. Dr. sc. JÜRGEN BECHER, Dr. ERHARD GEISLER

UZ-Seminar zum XI. Parteitag

gischer Fragestellungen ist grundsätzlich bei dem gegebenen Theoriegefüge der Politischen Ökonomie möglich. Aus dieser Sicht sollte das wissenschaftlich begründete System der Politischen Ökonomie als unverzichtbarer Bestandteil des Marxismus-Leninismus nicht aufgeweichen werden.

Der komplexe Charakter der ökologischen Probleme erfordert ihre aufgewogene Einordnung im Lehrprozess. Das schließt notwendige thematische und kategoriale Zuordnungen bzw. Aktualisierungen ein. Im Rahmen dieser Darle-

gungen kann auf die Vielfalt der damit verbundenen Aspekte nicht im einzelnen eingegangen werden. Verwiesen sei aber beispielhaft auf einige themenübergreifende Gesichtspunkte:

● Im Zusammenhang mit der Darstellung der Elemente der Produktivkräfte ist die effektivitätswirksame Rolle natürlicher Dienstleis-

– administrative Maßnahmen der Wirtschaftsleitung

– Anwendung ökonomischer Hebel

– Nutzung moralischer Triebkräfte.

● Bestimmte Dienstleistungen der Natur, Naturstoffe und -kräfte, die territorial differenziert sind und nicht allen Nutzern gleichermaßen zur Verfügung stehen, sind mit der Entstehung von Differential- bzw. „Naturressourcenrenten“ verbunden.

Der XI. Parteitag forderte in diesem Zusammenhang die Vertiefung und eines schnelleren theoretischen Vorlaufs der Differentialrententheorie (Vgl. Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag Berlin, 1986, S. 41) da sie – in objektivierbaren Größen ausgedrückt – als Orientierung für eine gesellschaftlich zweckmäßige Inanspruchnahme und Behandlung von Naturressour-

UZ berichtet von den Gewerkschaftswahlen 1986/87

Katalogabteilung der Universitätsbibliothek:
Arbeitszeit ist auch für uns Leistungszeit

[UZ-Korr.] Eindrucksvoller Rechenschaftsbericht, konkrete Arbeitsergebnisse bis zum 11. FDGB-Kongress, anregende Diskussion, würdiger Rahmen – dies kennzeichnete die Gewerkschaftsgruppenwoche der Katalogabteilung der Universitätsbibliothek.

In seiner ausführlichen Rechenschaftsbericht zog der wieder gewählte Vertrauensmann, Koll. Kowalek, eine eindrucksvolle Bilanz gesetzlichen Wirkens. Mit einem selbstkritischen Blick auf die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und den Gesprächsrunden der „Schulen der sozialistischen Arbeit“ verwies er zugleich

Verantwortung für eine gute Atmosphäre im Kollektiv

auf Leistungen, die in der vergangenen Legislaturperiode erbracht wurden: vorfristig abgeschlossenes Porträtsobjekt, Sieger im sozialistischen Wettbewerb, reges aktueller politisches Geschehen, ein buntes Band vielfältiger kultureller Aktivitäten und aktive antikapitalistische Solidarität.

Die ebenfalls zur Diskussion gestellte Arbeitsentschließung gibt klare und obrechbare Orientierungen und bringt – so sie mit Leben erfüllt wird – für weitere Qualität. So wird in Vorbereitung des 11. FDGB-Kongresses zielfestig die Teilverantwortung der Veteranen und materielle Zuwendungen für große Veranstaltungen (Kongresshalle), Ausflugsfahrten, Krankenbesuch, Geburtstagsgeschenke usw. belegen eine wichtige und arbeitsreiche Seite der AGL-Mitglieder und der vielen Betreuer in den Grundorganisationen.

Sichtbaren Beitrag zur Förderung der Demokratie geleistet

Hier wurde im Bereich der AGL 1 unter der langjährigen, bewährten Leitung des Vorsitzenden, Kollegen Ernst Fischer, viel Lobenswertes getan, wurden neue Wege beschritten, um die Aktivität und Verantwortung der Veteranen selbst sowie ihrer Betreuer in den Sektionen, Abteilungen u. a. zu erhöhen. Die Festigung des Systems der Betreuer, ihre regelmäßige Anleitung und Kontrolle durch die AGL 1 bewährte sich – ein sichtbarer Beitrag zur Förderung der Demokratie im großen Veteranenbereich: Beispielsweise für die DDR, wie vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft eingeschätzt wird, sind auch die Erfolge in dem monatlich als Gewerkschaftsveranstaltung durchgeführten Gesprächsrunden mit emeritierten Professoren, nunmehr seit fünf Jahren planmäßig unter der initiativreichen Leitung des AGL-Mitgliedes Prof. Dr. Manecke veranlagt.

Von dem guten Klima zeugte auch die anschließende lobhafte Diskussion. Da ging es um die Wahrnehmung der Verantwortung gegenüber den Veteranen und auch den Lehrlingen, wurde sachlich und gründlich der Stand des Plan- und Wettbewerbsfüllung unter die Lupe genommen, spielten die Vorbereitung auf den Einsatz moderner Technik und kulturelle Vorhaben eine große Rolle. Ein Kollege stellte völlig zu recht die Frage, ob noch der leistungsfördernde Gestaltung der Löhne nicht auch die Höhe der Solidaritätsbeiträge neu zu durchdenken sei.

Nach der einstimmigen Beschlusssfassung erhielt das Kollektiv drei Kollegen und Kollegen für ihre 25jährige Mitgliedschaft im FDGB und beglückwünschte eine junge Kollegin zur Aufnahme in unsere Klassenorganisation.

Niveau der Betreuung unserer Veteranen wurde weiter erhöht

Veteranen-AGL 1 wählte einen neuen Vorsitzenden
Regelmäßige Anleitung und Kontrolle haben sich bewährt

Wenn Veteranen ihre AGL wählen...

... dann geht es vor allem um den Inhalt der Gewerkschaftsarbeit unter den etwa 2300 Veteranen der KMU. Was verstehen die Veteranen selbst, ihre AGL, aber auch die BGL und der Kreisvorstand sowie die Sektions- oder Klinikleitung und der Rektor unter dem so vieldeutigen Wort Betreuung?

Die Vorbereitung der Wahlversammlung der Veteranen-AGL 1 am 14. Oktober rückte diese Frage erneut in den Vordergrund der Diskussion. Die beeindruckenden Berichte über Teilnehmer und materielle Zuwendungen für große Veranstaltungen (Kongresshalle), Ausflugsfahrten, Krankenbesuch, Geburtstagsgeschenke usw. belegen eine wichtige und arbeitsreiche Seite der AGL-Mitglieder und der vielen Betreuer in den Grundorganisationen.



überzeugend zu argumentieren, gab es echten politischen Meinungsaustausch und gute Beiträge in den AGL-Sitzungen und auf der Wahlversammlung.

Ein gutes Gefühl für langjährige Gewerkschafter

Die einmütige Zustimmung zum Rechenschaftsbericht und zu den Diskussionsbeiträgen zeugt von hoher politischer Verantwortung aller Beteiligten – ein gutes Gefühl für uns alle Gewerkschafter mit über 40-jähriger Gewerkschaftsarbeitszeit an der Universität. Das war und ist neues Denken, Realismus und politische Aktivität im ersten Friedenskampf – vom Vorsitzenden des Kreisvorstandes, Dr. Lehmann, in seinem richtungweisenden Schlusswort nochmals klar erklärt.

Vor der Neuwahl der AGL 1 wurden der bisherige Vorsitzende Kollege Ernst Fischer sowie Kollege Fritz Claus in würdiger Form verabschiedet. Über zehn Jahre hat Kol. Fischer die AGL erfolgreich geleitet und ein festes Leitungskollektiv geschaffen. Es waren bewegende Minuten, als Prof. Dr. Manecke Leben und Wirken von Ernst würdigte.

Dem neuen Vorsitzenden, Kol. Dr. Hermann Strenge, wird ein Kollektiv bewährter Gewerkschaftsfunktionäre in der Veteranen-AGL 1 zur Seite stehen.

Prof. Dr. Dr. h. c.
ROBERT SCHULZ